
Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 24. September 1978

**Analyse de la votation fédérale du 24 septembre 1978*

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
Gründung des Kantons Jura	1 309 841 (82%)	281 873 (18%)
Stimmbeteiligung 42%		

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 24. September 1978 / Ergebnisse von Repräsentativumfragen in der deutschen und französischen Schweiz	2
1. Das Stimmverhalten einzelner Merkmalsgruppen	2
2. Die Einstellung der Daheimgebliebenen	5
3. Entscheidungsmotive	5
4. Kenntnis der Vorlage	10
5. Meinungsbildung	13



Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 24. September 1978

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage in der deutschen und französischen Schweiz.

Am 24. September haben die Stimmbürger der Gründung des Kantons Jura mit überwältigendem Mehr zugestimmt. Sämtliche Kantone und 82% der Stimmbürger gaben ihr Ja zum neuen Kanton. Die Westschweiz und das Tessin verzeichneten Ja-Stimmenanteile von über 90%.

Das eindeutige Ja des Souveräns ist fast überall mit Genugtuung aufgenommen worden. Gleichzeitig wurde jedoch von verschiedener Seite davor gewarnt zu glauben, dass der Entscheid vom 24. September das Jura-Problem ein für allemal aus der Welt geschafft habe. Die Skeptiker sollten schon wenige Tage nach der Abstimmung recht erhalten.

In diesem Lichte kommt der Analyse der Entscheidungsmotive und des Stimmverhaltens politisch wichtiger Merkmalsgruppen ein besonderes Gewicht zu. Was steckt hinter dem Entscheid der grossen Mehrheit der Befürworter? War es ein Ja für "Ruhe und Ordnung" im Jura? Oder ging es vor allem darum, einer sprachlich/konfessionellen Minderheit die gewünschte politische Eigenständigkeit zu gewährleisten? Haben sich die Westschweizer und Deutschschweizer aus den gleichen Gründen für den neuen Kanton entschieden? Und wie ist die Tatsache zu werten, dass die wahrhaft historische Abstimmung nur 42% der Stimmbürger an die Urnen lockte? Haben die Nicht-Stimmenden auf einen Urnengang verzichtet, weil für sie der Ausgang der Abstimmung zum vornherein klar war? Oder handelt es sich bei den Daheimgebliebenen um lauter Gegner des neuen Kantons, die ihre Stimmabstinenz als Ausdruck der Missbilligung verstanden haben?

Dies sind einige der Fragen, die wir in der vorliegenden Analyse der Abstimmung vom 24. September zu beantworten suchten. Zusätzlich klärten wir ab, wie gut die Stimmbürger über den Inhalt der Vorlage Bescheid wussten und welche Entscheidungshilfen sie beansprucht haben.

1) Das Stimmverhalten einzelner Merkmalsgruppen

Gesamtchweizerisch haben vier von fünf Urnengängern die Jura-Vorlage angenommen. Der Blick auf die einzelnen Kantonsresultate macht aber deutlich, dass die Sympathien für den neuen Kanton nicht gleichmässig verteilt waren. Im Kanton Tessin entschieden sich 95% der Stimmenden für den neuen Kanton. Im Kanton Bern betrug der Ja-Stimmenanteil dagegen nur 69%. In den drei bei Bern verbleibenden jurassischen Amtsbezirken wurde die Vorlage gesamthaft sogar abgelehnt. Gibt es ähnliche Unterschiede zwischen anderen Merkmalsgruppen der Stimmbürgerschaft?

Eine Antwort vermittelt Tabelle 1). Darin ist ersichtlich, ob die Differenzen zwischen den einzelnen Merkmalsgruppen statistisch signifikant sind bzw. ob das entsprechende Merkmal einen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten besass. Bei den signifikanten Merkmalen haben wir das errechnete Sicherheitsniveau angegeben. Je kleiner dieser Wert, desto grösser die Sicherheit, dass zwischen dem Stimmverhalten und dem entsprechenden Merkmal ein Zusammenhang besteht:

Tabelle 1 Das Gewicht einzelner Merkmale für das Stimmverhalten

Merkmal	Statistisch signifikant Ja/Nein	Niveau
Geschlecht	Ja	0,05
Alter	Nein	
Sprachgruppe	Ja	0,1
Siedlungsart (Stadt/Land)	Nein	
Beruf	Nein	
Konfession	Ja	0,001
Bildung	Ja	0,1
Parteisympathie	Ja	0,05
Politische Integration	Nein	
Geografische Mobilität	Nein	
Wissen über den neuen Kanton	Nein	

Für das Stimmverhalten nicht entscheidend waren somit das Alter, die Siedlungsart, der Beruf, das Ausmass der politischen Integration, die geografische Mobilität und das Wissen über den neuen Kanton. Dieses versuchten wir dadurch abzuklären, dass wir fragten, welche der sechs jurassischen Amtsbezirke dem neuen Kanton angehören werden (Vgl. auch Kapitel 4). Als Indiz für die geografische Mobilität benutzten wir die Häufigkeit von Wohnortswechseln. Das Merkmal "Politische Integration" ist in einer früheren VOX-Analyse umschrieben worden (siehe VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 13. März 1977, S. 4/5).

Die Ja- und Nein-Stimmenanteile der signifikanten Merkmalsgruppen sind in Tabelle 2) aufgeführt:

Tabelle 2) Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen

Merkmalsgruppe		Anzahl Befragte (N)	Stimmverhalten		
			Ja	Nein	Leer/ K.A.
			(%)		
Total	effektiv	422*	82	18	3
	Stichprobe		83	14	
Geschlecht	Mann	227	79	17	4
	Frau	195	87	10	3
Sprachgruppe	deutsche Schweiz	298	82	15	3
	Westschweiz	123	86	10	4
Konfession	reformiert	212	77	19	3
	katholisch	188	89	8	3
Bildung	Primarschule	87	83	16	1
	Sekundar-, Bezirksschule	55	91	7	2
	Berufs-, Gewerbeschule	192	78	18	5
	Gymnasium, Technikum	54	87	7	6
	Hochschule	34	94	6	—
Parteisympathie	CVP	85	93	6	1
	SP	77	81	17	3
	FdP	70	84	13	3
	SVP	25	68	32	—

*siehe Anmerkung 1)

Die Bedeutung von Sprachgruppenzugehörigkeit und Konfession liess sich schon in den kantonalen Abstimmungsresultaten erkennen. Westschweizer und Katholiken haben der französischsprachigen, katholischen Bevölkerung des Berner-Jura besonders grosse Sympathien entgegengebracht. 90% der katholischen Stimmbürger aus der Westschweiz stimmten Ja. Bei den reformierten Stimmbürgern der deutschen Schweiz liegt der entsprechende Ja-Stimmenanteil bei 75%. Interessanterweise besass die Konfession in der deutschen Schweiz einen grösseren Einfluss als in der Romandie. In der Westschweiz liegt der Ja-Stimmenanteil der Katholiken nur wenige Prozente über demjenigen der Reformierten (statistisch nicht signifikant). In der deutschen Schweiz macht die entsprechende Differenz 14% aus (statistisch signifikant).

Der Einfluss von Konfession und Sprache schlägt sich auch in der Merkmalsgruppe "Parteisympathie" nieder. Das kräftigste Ja kommt aus dem Lager der CVP. Von den vorwiegend reformierten und in der deutschen Schweiz lebenden Sympathisanten der SVP konnten sich dagegen nur zwei Drittel für ein Ja entscheiden. Dabei ist allerdings noch zu berücksichtigen, dass fast die Hälfte von ihnen im Kanton Bern Wohnsitz hat.

Der soziale Status der Stimmenden war von geringer Bedeutung. Die beiden Merk-

male "Beruf" und "Politische Integration" erwiesen sich als statistisch nicht signifikant (s. Tabelle 1) und auch die Differenzen zwischen den einzelnen Bildungskategorien sind wenig aussagekräftig. Immerhin scheinen Stimmbürger mit höherer Schulbildung die Vorlage noch etwas kräftiger unterstützt zu haben als die Angehörigen unterer Bildungskategorien.

Überraschen mag schliesslich das Resultat der beiden Geschlechtsgruppen. Der Ja-Stimmenanteil der Frauen liegt 8% über demjenigen der Männer. Die Differenz ist statistisch signifikant und kann auch nicht auf eine Überrepräsentation der Frauen in einer anderen, besonders stark bejahenden Merkmalsgruppe zurückgeführt werden. Wir werden in der Analyse der Entscheidungsmotive auf dieses Ergebnis zurückkommen (s. Kapitel 3).

2) Die Einstellung der Daheimgebliebenen

Angesichts der kleinen Zahl der Nein-Stimmenden haben sich einige Beobachter gefragt, ob die Gegner des neuen Kantons am 24. September ganz einfach zu Hause geblieben seien. Die Vermutung ist vor allem deshalb nicht unbegründet, weil eine der am Jura-Konflikt direkt beteiligten Organisationen, das Groupement féminin de Force démocratique, zur Stimmenthaltung aufgerufen hatte.

Wer nicht stimmt, zählt nicht. Dennoch scheint uns die Hypothese, dass sich hinter den Nicht-Stimmenden vor allem Gegner der Vorlage verbargen, diesmal einer Prüfung wert. Sie wird von unseren Daten nicht gestützt. 79% der Daheimgebliebenen gaben an, dass sie ein Ja in die Urne gelegt hätten. Ihr Ja-Stimmenanteil liegt damit nur 4% unter demjenigen der tatsächlich Partizipierenden, wobei die Differenz nicht einmal auf einen höheren Nein-Stimmenanteil, sondern auf den höheren Anteil der Weiss-Nicht-Antworten zurückzuführen ist. Auch wenn man berücksichtigt, dass die äusserst positive Aufnahme des Abstimmungsresultates durch die Massenmedien einzelne potentielle Gegner der Vorlage daran gehindert haben mag, in der Befragung ihre wahre Einstellung preiszugeben, kann von einer nahezu identischen Einstellung der Stimmenden und Daheimgebliebenen gesprochen werden. Eine höhere oder tiefere Stimmbeteiligung hätte mithin am Abstimmungsresultat wenig geändert.

3) Entscheidungsmotive

Mit je einer offenen (Tabelle 3 und 4) und geschlossenen Frage (Tabelle 5 und 6) versuchten wir abzuklären, welche Beweggründe zum Ja- oder Nein-Entscheid geführt haben. In Tabelle 3) sind die auf die offene Frage genannten Entscheidungsmotive zusammengestellt. Die für das Total der Befürworter und die wichtigsten

Merkmalsgruppen berechneten Werte geben an, welcher Prozentsatz das jeweilige Entscheidmotiv allein oder neben einem anderen geltend machte. Beim Total der Befürworter haben wir zusätzlich den Anteil angegeben, der das entsprechende Motiv in der Befragung als erstes nannte (Erstnennung):

Tabelle 3) Die Entscheidmotive der Befürworter

Entscheidungsmotiv (auf offene Frage spontan genannt)	Total		Männer	Frauen	DS	WS	Ref.	Kath.
	%	%*						
(1) Für Ruhe, Ordnung und Frieden im Jura. Zur Beendigung des Jura-Konflikts	45	(30)	40	50	50	35	56	37
(2) Solidarität mit einer sprachlichen/konfessionellen/kulturellen Minderheit. Ein Kanton für die Jurassier	36	(26)	36	37	32	47	33	41
(3) Bern hat den Jura vernachlässigt	17	(12)	19	14	13	24	15	18
(4) Ein Akt der Vernunft. Ein demokratischer Entscheid	15	(9)	13	18	10	29	17	14
(5) Ein historischer Fehler musste endlich korrigiert werden. Jura und alter Kantonsteil bildeten nie eine Einheit	5	(3)	7	3	4	7	4	5
(6) Für die Bildung eines neuen, französischsprachigen Kantons	4	(1)	4	3	2	8	3	5
(7) Für die Bildung eines neuen, katholischen Kantons	2	(1)	2	2	1	2	1	3
Undifferenziert/Weiss nicht	16	(16)	16	16	18	12	16	17

*% Erstnennung

Zwei Dinge standen beim Ja-Entscheid im Vordergrund: 1. Der Wille, einen jahrzehntelangen Konflikt aus dem Weg zu räumen. Das Ja für Ruhe, Ordnung und Frieden im Jura. 2. Das Verständnis für eine sprachliche, konfessionelle und kulturelle Minderheit, das Ja zu einem eigenen Kanton für die Jurassier. Von zwei Dritteln der Ja-Stimmenden wurde eines dieser beiden Argumente in der Befragung spontan genannt. Dabei zeigen sich aufschlussreiche Unterschiede zwischen einzelnen Merkmalsgruppen. In der deutschen Schweiz dominierte das "Konfliktregelungsmotiv", in der Westschweiz dagegen die Solidarität mit den Jurassiern. Ähnliches gilt für die beiden konfessionellen Gruppen. Wie für die Westschweizer ging es auch für die katholischen Stimmbürger stärker darum, eine "verwandte" Minderheit zu unterstützen. Bei den Entscheidmotiven der beiden Geschlechts-

gruppen fällt auf, dass das Konfliktregelungsmotiv bei den Frauen ein grösseres Gewicht besass als bei den Männern. Möglicherweise spiegelt sich in diesem Ergebnis jene "geschlechtsspezifische" Betrachtungsweise des Problems, die dafür verantwortlich sein könnte, dass sich mehr Frauen als Männer für ein Ja entschieden haben.

In Tabelle 4) sind die am häufigsten genannten Entscheidungsmotive der Nein-Stimmenden zusammengestellt:

Tabelle 4) Die Entscheidungsmotive der Gegner

Entscheidungsmotiv (auf offene Frage spontan genannt)	Total		Männer	Frauen	DS	WS	Ref.	Kath.
	%	%*						
(1) Mit dem Ja wird der Jura-Konflikt nicht gelöst. Es bleibt das Problem des Südjuras	33	(22)	31	37	29	50	34	27
(2) Die Jurassier sollen sich zuerst demokratisch verhalten. Den Separatisten gehört kein eigener Kanton	31	(26)	36	21	33	—	31	27
(3) Wirtschaftliche Bedenken. Der neue Kanton ist nicht lebensfähig (belastet die Bundeskasse)	25	(16)	29	16	26	17	22	26
(4) Der Jura gehört zu Bern. Der Jura war immer bernisch	5	(2)	3	11	2	16	2	7
(5) Gegen die Schaffung eines Kantons Jura-Nord. Der Jura bildet eine Einheit	5	(2)	8	—	4	8	7	—
(6) Die jurassische Verfassung entspricht nicht schweizerischen Vorstellungen	2	(2)	—	5	2	—	—	7
(7) Der Jura darf kein Vollkanton werden. Ein Ständerat wäre genug	—	—	—	—	—	—	—	—
Undifferenziert/Weiss nicht	26	(26)	10	32	17	25	15	27

*% Erstnennung

Der eine Teil der Nein-Stimmenden sprach sich am 24. September vor allem gegen die Ideen und die eingesetzten Mittel der Separatisten aus. Die jurassischen Autonomisten wurden als öffentliches Ärgernis betrachtet. Mit ihnen kann und darf man sich nicht solidarisieren. Für den anderen Teil der Nein-Stimmenden ging es hauptsächlich um ein Nein zum eingeschlagenen Weg. Mit der Abstimmung vom 24. September bzw. der Bildung eines Kantons Jura-Nord wird das Jura-Problem nicht gelöst.²⁾ Von recht grosser Bedeutung waren aber auch wirtschaftliche Überlegungen. Ein Viertel machte geltend, dass der neue Kanton nicht lebensfähig sei

bzw. die Bundeskasse zusätzlich belaste. Dagegen scheinen andere, im Abstimmungskampf ebenfalls recht häufig vorgebrachte Argumente wenig Wirkung erzielt zu haben. Ein einziger Nein-Stimmender verwies auf den "unschweizerischen" Charakter des jurassischen Verfassungsentwurfs. Überhaupt nicht erwähnt wurde schliesslich der Einwand, dem neuen Kanton stehe nur ein Ständeratssitz zu.

Wie bei den Befürwortern zeigen sich auch bei den Gegnern recht grosse Unterschiede zwischen den beiden Sprachgruppen. Die Absage an die separatistische Bewegung war ein deutschschweizerisches Entscheidmotiv. Im Nein der Westschweizer spiegelt sich dagegen stärker die Sorge um die Zukunft des Südjuras. Für die ablehnenden Frauen spielten zwei der gesamthaft am häufigsten genannten Motive, das "antiseparatistische" (2) und das "wirtschaftliche" (3), nur eine untergeordnete Rolle. Der weitaus wichtigste Entscheidgrund war die Überzeugung, mit der vorgeschlagenen Kantonsgründung sei der Konflikt nicht zu lösen. Erneut zeigt sich, was wir schon bei der Analyse der Ja-Motive herausgestrichen haben: die weiblichen Stimmbürger haben das Jura-Problem stärker als die Männer in Kategorien des Konflikts wahrgenommen. Für sie ging es am 24. September vor allem darum, einen Konflikt zu lösen, bzw. gegen die vorgesehene Konfliktregelung zu opponieren. Fragen der wirtschaftlichen Tragfähigkeit, der politischen Eigenständigkeit von Minderheiten oder der angewandten Kampfmethoden wiesen weniger Bedeutung auf.

Anschliessend an die Beantwortung der offenen Frage haben wir den Befragten noch einige Entscheidmotive schriftlich vorgelegt und sie gebeten, dazu Stellung zu nehmen. In Tabelle 5) ist ersichtlich, wie viele Befürworter das jeweilige Ja-Motiv als "sehr wichtig" bezeichneten (Antwortkategorien: "sehr wichtig", "weniger wichtig", "unwichtig"):

Tabelle 5) Die Gewichtung einzelner Ja-Motive

Ja-Motiv (zur Beurteilung vorgelegt)	Total	Mann	Frau	DS	WS	Ref.	Kath.
	"sehr wichtig" in %						
(1) Die Jurassier und die Berner haben entschieden; es ist demokratisch, ihre Entscheidung zu respektieren	78	78	77	78	77	79	76
(2) Die Schaffung eines neuen, rein französisch sprechenden Kantons bedeutet für unseren Staat eine Bereicherung	32	29	36	30	38	28	35
(3) Im Jura muss endlich wieder Ruhe und Frieden herrschen	85	81	89	87	80	89	84
(4) Die Zustimmung zur Kantonsgründung ist ein Akt politischer Vernunft; man darf annehmen, dass ein Ja den Jura-konflikt löst	81	77	84	83	76	84	81
(5) Die Schaffung des Kantons Jura entspricht dem Bedürfnis nach Zusammenschluss eines jurassischen Volkes in einem eigenen Kanton	75	75	74	75	74	73	77

Mit Ausnahme von Argument 2 scheinen alle aufgeführten Motive den Entscheid der Befürworter massgebend beeinflusst zu haben. Über 80% von ihnen nahmen an, dass ihr Ja den Jura-Konflikt löse (Argument 4) bzw. dem Jura endlich Frieden bringen werde (Argument 3). Dabei zeigt sich auch hier, dass das Konfliktregelungsmotiv bei den Frauen, den Reformierten und den Deutschschweizern stärker im Vordergrund stand als bei den entsprechenden Komplementärgruppen. In Tabelle 6) haben wir die den Gegnern vorgelegten Entscheidmotive aufgeführt:

Tabelle 6) Die Gewichtung einzelner Nein-Motive

Nein-Motiv (zur Beurteilung vorgelegt)	Total "sehr wichtig" in %	Mann	Frau	DS	WS	Ref.	Kath.
(1) Die Jurassier sollen sich zuerst einmal demokratisch verhalten, bevor sie einen eigenen Kanton verlangen	73	79	61	82	45	80	64
(2) Ein weiterer katholischer Kanton ist nicht erwünscht	17	19	14	19	10	25	4
(3) Der Schaffung eines Kantons Jura kann nur zugestimmt werden, wenn der ganze bernische Jura, also Norden und Süden, einen eigenen Kanton bilden will	40	43	32	35	55	30	56
(4) Es ist nicht einzusehen, warum neue Kantone geschaffen werden sollen. Im europäischen Raum wird ohnehin zentralisiert und nicht dezentralisiert	58	57	61	61	50	63	48
(5) Die Schaffung eines neuen Kantons löst den Jurakonflikt nicht; die Separatisten im neuen Kanton geben nicht auf, bis der Südjura mit dem Norden vereinigt ist	83	86	75	80	90	86	72
(6) Es ist nicht in Ordnung, dass der Jura ein Vollkanton wird, mit zwei Vertretern im Ständerat	36	35	39	42	15	36	40
(7) Die jurassische Verfassung ist das Werk von Utopisten und Extremisten; sie entspricht nicht schweizerischen Vorstellungen	52	57	43	56	40	48	64
(8) Die Schaffung eines neuen Kantons könnte Schule machen. Denn auch im eigenen Wohnkanton könnten Abtrennungsbegehren von jenseits der Kantonsgrenzen angemeldet werden.	49	52	43	50	45	43	52

83% der wenigen Nein-Stimmenden unserer Stichprobe (N = 58) haben die Vorlage u.a. darum abgelehnt, weil sie von der Schaffung des neuen Kantons keine Lösung des Jura-Problems erwarteten (Argument 5). Wie die "richtige" Lösung aussehen soll, darüber ist man sich im Nein-Lager nicht einig. Dem grösseren Teil gingen die Konzessionen an die jurassischen Autonomisten zu weit (Argument 1). Wie wir aus der Analyse der offenen Fragen wissen, handelt es sich dabei mehrheitlich um Stimmbürger aus der deutschen Schweiz. In dieser Gruppe übervertreten sind aber auch die männlichen und die reformierten Nein-Stimmenden. Der andere, kleinere Teil der Ablehnenden könnte nur dann zustimmen, wenn der ganze bernische Jura in einem eigenen Kanton vereinigt würde (Argument 3). Mit den Argumenten 4 und 7 wurden zwei Nein-Motive als wichtig eingeschätzt, die in den Antworten auf die offene Frage kaum bzw. überhaupt nicht aufgetaucht sind. Die hohen Prozentanteile sollten nicht überbewertet werden. Die Art der Fragestellung bringt es mit sich, dass einigermaßen plausible Argumente auch dann als wichtig bezeichnet werden, wenn sie bei der eigenen Entscheidung in Wirklichkeit keine allzu grosse Bedeutung besaßen. Die Antworten auf die offene Frage sind in dieser Hinsicht ein besseres Indiz.

4) Kenntnis der Vorlage

Die Abstimmung vom 24. September ist auf ein überdurchschnittliches Echo gestossen. 97% sämtlicher Befragter, also auch jener, die sich nicht an die Urne begeben hatten, konnten sich in einer einleitenden Frage an das Abstimmungsthema erinnern. Der gleiche Anteil der Befragten wusste, dass die Vorlage angenommen wurde. Wie Tabelle 7 zeigt, zog seit dem März 1977 keine andere Abstimmungsvorlage mehr Aufmerksamkeit auf sich.

Am besten bekannt waren die beiden Vorlagen über den Schwangerschaftsabbruch, die zwei AHV-Vorlagen, das Finanzpaket sowie zwei Vorlagen, die Probleme des Privatverkehrs und des Umweltschutzes tangierten ("Albatros" und "12 autofreie Sonntage"). Kaum beachtet worden ist dagegen die einzige aussenpolitische Vorlage der letzten zwei Jahre, das Staatsvertragsreferendum. Ein geringes Interesse fanden aber auch die thematisch äusserst komplexen Abstimmungen über den Konjunkturartikel und die politischen Rechte. Bei der Jura-Vorlage und dem Finanzpaket waren sicher auch mitbestimmend, dass die Vorlagen allein bzw. nur in einem Zweierpaket (Finanzpaket) zur Abstimmung gelangte.

Die in Tabelle 7) aufgeführten Werte sind Indikatoren für die Publizität, die eine Vorlage erlangte. Über die materiellen Kenntnisse der Stimmbürger wird damit nichts ausgesagt. Mit einer geschlossenen Frage versuchten wir deshalb für den Fall der Jura-Vorlage zusätzlich abzuklären, wie weit sich die Stimmbürger mit dem Inhalt der Vorlage auseinandergesetzt hatten. Wussten sie beispielsweise, wie der neue Kanton auf der Landkarte aussehen wird bzw. welche der sechs jurassischen Amtsbezirke von Bern losgelöst werden?

Tabelle 7) Die Publizität der seit März 1977 zur Abstimmung gelangten Vorlagen

Vorlage	Anteil der Befragten, die	
	sich an die Vorlage erinnern (in %)	das Abstimmungsergebnis richtig nennen
13. März 1977		
– 4. Überfremdungsinitiative	89	83
– 5. Überfremdungsinitiative	85	81
– Staatsvertragsreferendum	55	57
– Gegenvorschlag zum SVR	55	52
12. Juni 1977		
– Finanzpaket	95	91
– Steuerharmonisierung	76	69
25. September 1977		
– Mieterschutz	77	80
– Gegenvorschlag Mieterschutz	61	61
– Albatros	76	80
– Erhöhung der Unterschriftenzahl	73	71
– Fristenlösung	97	93
4. Dezember 1977		
– Reichtumsteuer	85	85
– Politische Rechte	59	63
– Ziviler Ersatzdienst	81	83
– Sparpaket	71	73
26. Februar 1978		
– Demokratie im Nationalstrassenbau	81	75
– 9. AHV-Revision	92	85
– Herabsetzung des AHV-Alters	89	91
– Konjunkturartikel	58	64
28. Mai 1978		
– Zeitgesetz	80	95
– Zolltarifgesetz (Brotpreis)	79	80
– Schwangerschaftsabbruch	90	91
– Hochschulförderung	72	85
– 12 autofreie Sonntage	90	96
24. September 1978		
– Gründung des Kantons Jura	97	98

Den Befragten wurden die sechs Amtsbezirke des ehemaligen Berner-Juras aufgelistet vorgelegt. Für jeden Amtsbezirk war anzugeben, ob dieser nun dem neuen Kanton angehören werde oder aber bei Bern bleibe. In Tabelle 8 haben wir für das Total der Befragten sowie für einige in diesem Zusammenhang interessante Merkmalsgruppen drei Wissenskategorien ausgeschieden: "gut = Anteil der Befragten, die alle 6 Bezirke richtig zuordneten", "mittel = Anteil der Befragten, die 3–5 Bezirke richtig zuordneten" und "schlecht = Anteil der Befragten, die 0–2 Bezirke richtig zuordneten oder mit 'Weiss nicht' antworteten":

Tabelle 8) Die Kenntnis der Jura-Vorlage

Merkmalsgruppe	Kenntnis		
	"gut" (6 Bezirke) (%)	"mittel" (3–5 Bezirke)	"schlecht" (0–2 Bezirke)
Total (N = 708)	16	57	27
Mann	24	56	20
Frau	7	57	36
deutsche Schweiz	15	58	27
Westschweiz	18	54	28
Reformierte	16	58	26
Katholiken	14	55	31
Primarschule	8	57	35
Sekundar-, Bezirksschule	13	52	35
Berufs-, Gewerbeschule	15	59	26
Gymnasium, Technikum	28	55	17
Hochschule	30	47	23
Bern	37	62	1
St. Gallen	5	38	56
Vaud	14	48	38
Genève	–	70	30
Urnengänger	19	59	22
Nicht-Urnengänger	10	53	37
Ja-Stimmende	18	58	24
Nein-Stimmende	23	58	19

Nur jeder sechste Stimmbürger weiss, welche drei Amtsbezirke den neuen Kanton bilden werden! Sogar von den Stimmbürgern des direkt betroffenen Kantons Bern konnten wenig mehr als ein Drittel alle 6 Bezirke richtig zuordnen.

So bedenklich dieser tiefe Wissensstand grundsätzlich stimmen mag, auf das Entscheidverhalten der Stimmbürger hatte er offenbar keinen Einfluss. Die Differenz zwischen den Ja- und Nein-Stimmenden ist nicht signifikant (s. auch Kap. 1). Aber auch bei den einzelnen Merkmalsgruppen lässt sich kein Zusammenhang zwischen Kenntnisstand und Stimmverhalten nachweisen. Mit den Frauen hat eine Gruppe die Vorlage überdurchschnittlich gut angenommen, die bei unserem Wissenstest relativ schlecht abgeschnitten hat. Dagegen wussten die ebenfalls einen hohen Ja-Stimmenanteil aufweisenden Hochschulabsolventen über den neuen Kanton recht gut Bescheid.

5) Meinungsbildung

Ein Blick in die Erläuterungen des Bundesrates (Bundesbüechli) hätte genügt, um sich das Grundwissen für die Beantwortung unserer Frage nach den Grenzen des neuen Kantons anzueignen. Die Namen der drei nun zum Kanton Jura gehörenden Amtsbezirke werden im Text mehrmals erwähnt. Zudem hat man den neuen Kanton mit seinen Bezirken auf einer Landkarte vorgezeichnet. Leider ist das Bundesbüechli aber nur von 38% der Stimmbürger gelesen worden. Die Leserquote liegt damit noch tiefer als bei den beiden letzten Abstimmungen und dies, obwohl das Bundesbüechli in der Zwischenzeit weit attraktiver geworden ist. Ganz offensichtlich glaubte man aber diesmal, auf die Entscheidungshilfe des Bundesrates verzichten zu können.

Optimale Präsentation der Erläuterungen und des Abstimmungsthema sind allerdings nicht die einzigen Faktoren, die das Interesse am Bundesbüechli bestimmen. Unabhängig davon stösst das Bundesbüechli wie alle übrigen Kommunikationsmittel auf ein unterschiedliches Echo bei den einzelnen Bevölkerungsschichten. In Tabelle 9 ist ersichtlich, von wievielen Stimmbürgern der einzelnen Bildungskategorien das Bundesbüechli gelesen worden ist. Zusätzlich haben wir aufgeführt, über welche anderen Medien man die Informationen zum Abstimmungsthema bezog. Bei den angegebenen Prozentzahlen handelt es sich um den Durchschnittswert aus den beiden letzten Umfragen (28. Mai und 24. September):

Tabelle 9 Die Bedeutung einzelner Kommunikationsmittel für die Angehörigen der verschiedenen Bildungsschichten

Bildung	Kommunikationsmittel			
	Bundesbüchli (%)	Zeitungen	Fernsehen	Radio
Total (N = 708)	45	55	48	27
Primarschule	36	51	50	24
Sekundar-, Bezirksschule	44	51	52	26
Berufs-, Gewerbeschule	46	54	50	27
Gymnasium, Technikum	57	66	42	38
Hochschule	59	68	34	26

Von den Stimmbürgern mit Primarschulbildung hat nur etwa ein Drittel von den bundesrätlichen Erläuterungen Gebrauch gemacht. Bei den Hochschulabsolventen liegt der entsprechende Prozentsatz bei 59%. Ähnliche Unterschiede zeigen sich zwischen den beiden wichtigsten Medien. Für Stimmbürger mit höherer Bildung bilden Zeitungen das weitaus attraktivste Medium. In unteren Bildungsschichten wird der Presse dieser Rang vom Fernsehen streitig gemacht. Das Radio folgt bei allen Gruppen klar an letzter Stelle.

Anmerkungen

- (1) Die Stimmbeteiligung der von uns Befragten liegt 16% über der effektiven Stimmbeteiligung. Diese Differenz kann kaum allein auf einen Stichprobenfehler zurückgeführt werden. Sie stammt vielmehr daher, dass etliche Befragte nicht zugeben wollten, dass sie bei dieser "historischen" Abstimmung der Urne ferngeblieben sind.
- (2) Dabei muss man sich bewusst sein, dass sich zwei diametral verschiedene Ansichten hinter diesem Entscheidmotiv verbergen können. Für die einen wäre die Jurafrage erst gelöst, wenn auch der Südjura zum neuen Kanton gehören würde. Den anderen ist man den jurassischen Autonomisten schon zu weit gegangen. Siehe dazu die Auswertung der geschlossenen Frage (Tabelle 6, S. 12; Kommentar, S. 10).

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 24. September 1978

Zusammenfassung

Gesamtschweizerisch haben vier von fünf Urnengängern der Gründung des Kantons Jura zugestimmt. Die Sympathien für den neuen Kanton waren aber nicht gleichmässig verteilt. Schon der Blick auf die kantonalen Abstimmungsergebnisse lässt erkennen, dass Konfession und Sprache den Entscheid der Stimmbürger beeinflussten.

Tessiner, Westschweizer und Katholiken haben sich mit der *französischsprachigen, katholischen Bevölkerung des Berner-Juras* in besonderem Masse solidarisiert. Über 90% der katholischen Stimmbürger aus der Westschweiz stimmten Ja. Bei den reformierten Deutschschweizern liegt der entsprechende Ja-Stimmenanteil bei 75%. Dabei fällt auf, dass die Differenzen zwischen den beiden konfessionellen Gruppen in der deutschen Schweiz bedeutend grösser waren als in der Romandie. Einen Einfluss auf das Stimmverhalten besass aber auch das Geschlecht der Stimmbürger. *Die Frauen bejahten stärker als die Männer. Der soziale Status* der Stimmenden war dagegen nur *von geringer Bedeutung*. Immerhin scheinen Stimmbürger mit höherer Schulbildung die Vorlage noch etwas kräftiger unterstützt zu haben als die Angehörigen unterer Bildungskategorien. Ohne Bedeutung waren das Alter und der Unterschied zwischen Stadt und Land.

Beim *Ja-Entscheid* standen *zwei Motive* im Vordergrund: 1. Der Wille, einen jahrzehntelangen Konflikt zu beendigen, *das Ja für Ruhe, Ordnung und Frieden im Jura*. 2. Die Solidarität mit einer sprachlichen, konfessionellen und kulturellen Minderheit, *das Ja zu einem eigenen Kanton für die Jurassier*. In der deutschen Schweiz und bei den Reformierten dominierte das "Konfliktregelungsmotiv", in der Westschweiz und bei den Katholiken das "Solidaritätsmotiv".

Der *grössere Teil* der *Nein-Stimmenden* sprach sich am 24. September *gegen die Ideen und eingesetzten Mittel der jurassischen Autonomisten* aus. Dem anderen, *kleineren Teil* ging es hauptsächlich um ein *Nein zum eingeschlagenen Weg*. Für ihn wird das Jura-Problem mit der Bildung eines Kantons "Jura-Nord" nicht gelöst. Die Sorge um die Zukunft des Südjuras wird vor allem von den ablehnenden Westschweizern geteilt. Bei den Deutschschweizern handelt es sich dagegen eher um ein "antiseparatistisches" Nein. Von *recht grosser Bedeutung* waren auch *wirtschaftliche Überlegungen*. Rund ein Viertel der Nein-Stimmenden machte geltend, dass der neue Kanton nicht lebensfähig sei bzw. die Bundeskasse zusätzlich belaste. Andere, im Abstimmungskampf vorgebrachte Argumente, wie der Hinweis auf den "unschweizerischen" Charakter des jurassischen Verfassungsentwurfs oder die "Übervertretung" des Kantons Jura im Ständerat, scheinen dagegen wenig Wirkung erzielt zu haben.

Obwohl die relativ geringe Stimmbeteiligung das Gegenteil vermuten lässt, ist die *Jura-Vorlage auf ein überdurchschnittliches Echo gestossen*. 97% der Befragten wussten, über was in dieser Abstimmung entschieden wurde. Der gleiche Anteil konnte das Resultat der Abstimmung richtig nennen. Seit Bestehen der VOX-Analyse (März 1977) zog keine andere Abstimmungsvorlage mehr Aufmerksamkeit auf sich.

Die Kenntnis von Abstimmungsthema und Abstimmungsergebnis sagt allerdings nichts darüber aus, *ob sich die Stimmbürger auch materiell mit der Vorlage auseinandergesetzt haben*. Wussten sie beispielsweise, welche der sechs jurassischen Amtsbezirke von Bern losgelöst werden? Nur jeder sechste Befragte konnte alle der ihm auf einer Liste vorgelegten Bezirke richtig zuordnen! Selbst von den Stimmbürgern des Kantons Bern waren nur etwas mehr als ein Drittel in der Lage, unsere Frage richtig zu beantworten. So bedenklich dieser tiefe Wissensstand grundsätzlich stimmen mag, auf das Verhalten der Stimmbürger hatte er keinen nachweisbaren Einfluss. Urnengänger, Nicht-Urnengänger, Ja-Stimmende und Nein-Stimmende wussten alle gleich schlecht Bescheid.

Dass die Stimmbürger sich nicht näher mit dem Inhalt der Vorlage befasst haben, zeigt sich in einem weiteren Ergebnis. *Nur 38% der Befragten haben die Erläuterungen des Bundesrates gelesen* und dies, obwohl sich das Bundesbüchli in letzter Zeit zu einer attraktiven und verständlich geschriebenen Entscheidungshilfe gewandelt hat.

Angesichts der kleinen Zahl der Nein-Stimmenden fragten sich einige Kommentatoren, ob es sich bei den Daheimgebliebenen um lauter Gegner der Vorlage handelte. Diese Vermutung wird durch unsere Daten nicht gestützt. *Auch von den Nicht-Stimmenden befürworten vier Fünftel die Gründung des neuen Kantons*. Eine höhere oder tiefere Stimmbeteiligung hätte am glanzvollen Ja für den Kanton Jura nichts geändert.

Analyse de la votation fédérale du 24.9.78

Récapitulation des résultats principaux

En moyenne nationale, 4 votants sur 5 ont approuvé la création du canton du Jura. Les sympathies pour le nouveau canton ne se sont toutefois pas réparties uniformément. Un simple coup d'oeil aux résultats cantonaux de la votation permet de constater que la confession et la langue ont influencé le comportement du citoyen.

Les Tessinois, les Romands et les catholiques se sont particulièrement *solidarisés* avec la *population francophone et catholique du Jura bernois*. Plus de 90% des citoyens catholiques de la Romandie votèrent oui. Cette proportion fut de 75% pour les protestants suisses alémaniques. A cet égard, il apparaît que la différence entre les deux groupes confessionnels est significativement plus grande en Suisse allemande qu'en Suisse romande. Le comportement électoral s'est également différencié selon l'appartenance sexuelle, *l'approbation des femmes avant été plus marquée que celle des hommes*. Le statut social des votants n'a eu, par contre, que *peu d'importance*. Toutefois, les citoyens de formation scolaire supérieure semblent avoir approuvé le projet de manière encore plus soutenue que ceux ne possédant pas une telle formation. L'âge et l'habitat n'entraînerent pas de différences de vote significatives.

Le *oui* résulte de *deux motifs* principaux: 1. La volonté de mettre fin à un conflit prolongé, le *oui pour l'ordre, la tranquillité et la paix au Jura*. 2. La solidarité avec une minorité linguistique religieuse et culturelle, le *oui au droit des Jurassiens à disposer d'un propre canton*. En Suisse alémanique et chez les protestants, l'accent s'est plus porté sur l'aspect "réglement du conflit", alors qu'en Suisse romande et chez les catholiques, l'aspect "solidarité" l'a emporté.

La *majeure partie des rejetants* s'est exprimée le 24.9 *contre les idées et les méthodes des séparatistes jurassiens*. L'autre partie, *plus restreinte*, s'est opposée à la *perspective proposée*. Pour elle, le problème jurassien ne sera pas résolu par la création d'un canton au Nord. Ces inquiétudes quant au sort du Jura-sud sont avant tout le fait des opposants romands. Pour les adversaires alémaniques, il s'agissait plutôt d'un non "antiséparatiste". *Les arguments économiques* ont également eu *une portée importante*. Le quart, environ, des rejetants fit valoir que le nouveau canton ne serait pas viable, ou qu'il surchargerait trop le ménage fédéral. D'autres arguments mis en avant durant la campagne, comme le caractère "non-suisse" du projet de Constitution jurassienne, ou la "surreprésentation" du canton du Jura au Conseil des Etats, semblent, par contre, n'avoir eu que peu de poids.

Bien que la participation au vote, relativement faible, ait fait croire le contraire, le projet de création d'un canton du Jura *a rencontré un écho supérieur à la moyenne*. 97% des personnes interrogées savaient de quoi il était question dans cette consultation. La même proportion connaissait le résultat de la votation. Depuis le début des analyses VOX (mars 1977), aucun autre projet n'a autant capté l'attention des citoyens.

La connaissance du thème et du résultat du vote populaire n'indique toutefois pas si les citoyens se sont préoccupés des aspects matériels du projet. *Connais-saient-ils, par exemple, quels districts, parmi les six que compte le Jura, seraient détachés de Berne?* Seule une personne interrogée sur six fut capable de désigner correctement, sur une liste présentée, les districts concernés. Même les citoyens bernois ne purent le faire qu'à raison d'un peu plus d'un tiers. Pour attristant qu'il soit, ce faible niveau de connaissance n'a pas eu d'influence prouvable sur le comportement des citoyens lors de la votation. Votants et abstentionnistes, partisans et adversaires, témoignèrent de la même méconnaissance.

Un autre résultat montre que les citoyens ne se sont pas beaucoup préoccupé du contenu du projet: *38% seulement des personnes interrogées ont lu les expli-cations du Conseil fédéral*, et cela bien que la brochure explicative soit devenue, ces derniers temps, un instrument attractif et compréhensible.

Quelques commentateurs se sont demandés, vu le petit nombre d'opposants, si tous les abstentionnistes n'étaient pas des adversaires potentiels. Cette hypo-thèse n'est pas confirmée par nos données. *Les abstentionnistes se prononcent également dans une proportion de quatre cinquièmes en faveur du nouveau canton*. La brillante approbation recueillie par celui-ci n'aurait pas été modifiée par une participation plus ou moins élevée.



PP
8001 Zürich

Unter dem Patronat des
FORUM HELVETICUM



Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich ☎ 01/202 07 87

Copyright by GfS und FSP

Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet